

HANNOVERNEWS

Nr. 2/2020



DIE ZAHL DER ABSCHREIBER
IST STARK ZURÜCKGEGANGEN

Wirologie

Der geneigte Leser möge dem Schreiber dieser Zeilen den Kalauer der Überschrift nachsehen, aber da derzeit vom Boulevard über Tagesschau, Heute und die Qualitätspresse alles vom Virus beherrscht ist, soll hier über einige soziale und politische Erscheinungen nachgedacht werden, die zwar virusbedingt, aber nicht direkt medizinisch fassbar sind:

Der Klimawandel, im Herbst noch ein beherrschendes Thema, das Tausende auf die Straße trieb, scheint zum Randproblem geworden. Die vage Hoffnung, der Produktionsstillstand in der Autoindustrie könne eine Verkehrswende befördern, scheint längst zerstoßen: Quer durch das politische Farbenspektrum sind sich die Regierungschefs einig: Auch der Bau von „Verbrennern“ muss wieder angekurbelt werden!

Aufrüstung und Kriegsgefahr, schon länger nur am Rande des öffentlichen Bewusstseins, entschwanden vollends aus der Debatte. Die wenigen Unentwegten, die sich der jahrzehntelangen Tradition der Ostermärsche folgend, mit Mundschutz und gebotenem Sicherheitsabstand mit Tafeln und Plakaten in die Innenstadt begaben, sahen sich mit grimmigen Polizisten und dem Vorwurf des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz konfrontiert. Dass die „Verteidigungsministerin“ den Ankauf neuer atomwaffenfähiger Kampfbomber betreibt, erscheint kaum eine Grundsatzfrage, eher eine Frage der Eigenmächtigkeit innerhalb der Regierungskoalition.

„Ich kenne keine Parteien mehr,
ich kenne nur noch Deutsche“

Wilhelm II., August 1914

Der 1. Mai, einst als „Internationaler Kampf- und Streiktag“ oder bloßer Feiertag in der Arbeiterbewegung stets umstritten, dann von den Faschisten als „Tag der Deutschen Arbeit“ usurpiert, wurde schließlich nach 1945 als „Tag der Arbeit“ gesetzlicher Feiertag. Der DGB sah sich nun veranlasst, ihn in diesem Jahr virusbedingt ins Virtuelle zu verlegen. Dass der Vorsitzende Rainer Hoffmann dann allerdings erklärte, dass „zum allerersten Mal in der 130-jährigen Geschichte der Feierlichkeiten zum Tag der Arbeit ... die Gewerkschaften den 1. Mai nicht auf Straßen und Plätzen feiern“, muss einigermaßen befremden. Als man sich in Hannover dann doch noch entschloss, unter Beachtung der Sicherheitsregeln auf die Straße zu gehen, war die Goseriede allerdings schon von Sektierern belegt. Allein unsere kleine GEW hatte den Mumm, am Nachmittag mit einem Infostand am Küchengarten Flagge zu zeigen!

Das Virus als der große Einiger: Die Umfragewerte von Merkel, Laschet und Söder und Co. steigen unaufhaltsam. Opposition ist nicht gefragt. Nur Faschisten versuchen im Trüben zu fischen und mobilisieren unter Impfgegnern, Esoterikern und allerhand anderen Wirrköpfen. Dass denen nicht virtuell, son-

corvus schreibt regelmäßig Kommentare zu aktuellen Fragen, besonders mit regionalem Bezug. Der Autor ist ständiges Mitglied der Redaktion.



dern nur durch aktive politische Mobilisierung erfolgreich entgegen getreten werden kann, wurde am 8. Mai erfolgreich auf dem Opernplatz gezeigt: Als die AfD sich erdreistete, eine Kundgebung gegen die virusbedingten Sicherheitsauflagen auf dem Opernplatz anzumelden, mobilisierte kurzfristig das Bündnis Bunt statt Braun zu einer Gegenkundgebung. Trotz der abschließenden richterlichen Genehmigung waren so die Nazis gezwungen, ihre Provokation abzusagen. Fast 900 Menschen feierten dann den Tag der Befreiung und die Abwehr von Neofaschismus, Rassismus und Obskurantentum!

corvus

Impressum:

Herausgeberin:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Kreisverband Region Hannover
Berliner Allee 18, 30175 Hannover
Telefon 66 20 -14/-15, Fax 62 12 94
E-Mail: gew@gew-hannover.de

Verantwortliche Redakteurin i.S.d.P.: Maren Kaminski
Berliner Allee 18, 30175 Hannover

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin oder der Redaktion dar.

Layout: datagraphis GmbH, Wiesbaden-Nordenstadt

Druck: DruckWerk Peter-Michael Thiem e.K., Hannover

Die GEW HannoverNews erscheinen dreimal im Jahr. Auflage: 5200 Exemplare.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Titelkarikatur: Swidbert Gerken

Ausgedehnte Sitzung am 20. Mai nach langer Coronapause

Zuerst das Positive:

- Die Verwaltung prüft eine große Freifläche westlich der Nackenberger Straße und südlich der dort vorhandenen Grundschule Buchholz-Kleefeld II für die Eignung als Schulstandort der kommenden 12. IGS – allem Anschein nach zuversichtlich.
- Zwei Millionen Euro stehen zur Beschaffung digitaler Endgeräte aus einem Sofortprogramm des Bundes zur Verfügung.
- Das Bauamt kommt angesichts der Coronakrise nun doch zu der Einsicht, zukünftig bei Neubauten in jedem Klassenraum ein Waschbecken zu installieren – zurzeit müssen nämlich mobile Waschbecken verteilt werden.
- Die Notbetreuung von anfangs wöchentlich 150 Kindern ist auf aktuell ca. 700 Kinder gestiegen, wodurch die Schulen an ihre Grenzen mit der Abdeckung des Personals kommen. Die Schulträgerin bemüht sich um Modalitäten, die es ermöglichen, städtisches Nachmittagspersonal in den Vormittag zu integrieren.

Fehlende Schulplätze im Sek I-Bereich:

Die Verwaltung kommt im neuen Schulentwicklungsplan (SEP) zum statistisch ausgewerteten Ergebnis, dass der Hauptgrund für die hohe Zahl fehlender Schulplätze an der seit 2013/2014 sprunghaft gewachsenen Zahl von Schüler*innen mit Förderbedarf Lernen liegen soll. Diese Aussage hat einen gefährlichen Beigeschmack, der schnell zu falschen Schlussfolgerungen grundsätzlicher Art mit bildungspolitischem Sprengstoff verleiten kann. Denn die Ursachen sind weitaus komplexer: Eine Evaluation zu inklusiver Bildung an Hamburgs Schulen (K. D. Schuck, EiBiSch) wies nach, dass die gesellschaftlich bedingten Herausforderungen in Schule so gestiegen sind, dass der Bildungsauftrag ohne personelle Ressourcenaufstockung und „adaptivem Unterricht“ nicht mehr umgesetzt werden kann. So kommt es, dass zum Teil Kinder, die vor allem durch soziale Chancenbenachteiligung keinen Anschluss haben, einen Förderstatus attestiert bekommen statt einer adäquaten Aufarbeitung fehlender Vorkenntnisse. Auf Niedersachsen ist diese Erhebung übertragbar – aber die Behebung der Ursache ist Landessache. Zurzeit trägt die Kommune die Folgen. Bleibt dennoch die Frage unbeantwortet, warum trotz der Erkenntnisse ab 2013/2014 nicht sofort mit dem Bau neuer Schulen begonnen wurde?

Letzteres leitet über zu dem an zweiter Stelle angeführten Grund für fehlende Sek I-Schulplätze: der Schulformwechsel. Dieses Phänomen lässt die bestehenden Integrierten Gesamtschulen aus allen Nähten platzen, Klassenzüge werden aufgestockt und Container aufgestellt. Es verschärft die o. g. unzureichenden Ausgangsbedingungen für gelingendes gemeinsames Lernen umso mehr. Zum wiederholten Mal wird bestätigt: Kein 18. Gymnasium war notwendig, sondern mehr Integrierte Gesamtschulen, an denen inklusiv gearbeitet wird! Um die Ursa-

chen der Abschlusssproblematik zu lösen, steht wiederum das Land in der Pflicht. Aber das Kernproblem ist das dreigliedrige Schulsystem. Verhängnisvoller Weise wird diese heilige Kuh nicht angetastet – deutsches Alleinstellungsmerkmal im globalen Vergleich!

An dritter Stelle wird festgehalten: „Die Bevölkerungsentwicklung der LHH ist nicht ursächlich für die aktuell bestehende Situation“. Warum wurde dann der vorrangige Bau eines 18. Gymnasiums u. a. damit begründet? Es fehlen jetzt Sek I-Plätze u. a. durch Schulformwechsler...

Drucksache 1000/2020 zum Verfahren zur Umsetzung des MEP (Medienentwicklungsplan):

Auf ganzer Linie enttäuscht wurden die in Aussicht gestellten Erwartungen zur Umsetzung des MEP (basierend auf den Ergebnissen der Workshops mit Schulleiter*innen und Elternvertreter*innen). Die Drucksache der Verwaltung nennt als erste

Maßnahme die Überführung aller Jahrgänge der Pilotschulen in den MEP-Standard. Da konnte die Mehrheit mitgehen. Aber die Auswahl von sechs Schulen – allesamt neu gebaut oder mit einem Neubau erweitert – stieß auf Widerstand. Die Forderung, mehr in die Breite zu planen und möglichst allen Schulen einen starken **alltagstauglichen** WLAN-Ausbau als Basisvoraussetzung zukommen zu lassen, sollte der absehbaren Kluft zwischen bestausgestatteten und „abgehängten“ Schulen entgegenwirken. Die Missbilligung der Ausschussmitglieder – die Situation schlecht ausgestatteter Schulen hinsichtlich der aktuellen Homeschooling-Erfahrungen verdeutlichte die Brisanz – war einvernehmlich und wurde zur Beratung in die Fraktion DIE LINKE & PIRATEN gezogen, was im Interesse aller Aus-

schussmitglieder war. Ein Dilemma für **alle** Beteiligten – die kommunalen Mittel aus dem laufenden Haushalt sind begrenzt und die Zeit drängt enorm, um Voraussetzungen zu schaffen, damit die Mittel aus dem Digitalpakt abgerufen werden können. Auf der anderen Seite müssen sich die wartenden Schulen weiterhin in Geduld üben. Den Beteuerungen, dass es sich bei der Drucksache nur um einen ersten Schritt handle und alle weiteren Maßnahmen zügig nach Beschluss des neuen Haushalts umgesetzt würden, wurde mit Skepsis begegnet. Nachvollziehbar – angesichts der Stillstand-Erfahrungen und der durch Corona ausgelösten kommunalen Verschuldung.

Zum Schluss noch ein Paukenschlag: Die Verwaltung schlägt das Gelände der ehemaligen Albrecht-Dürer-Förderschule für eine neue OBS vor, es sei für eine IGS zu klein. OBS – die am wenigsten angewählte Schulform mit den bekannten Struktur-schwierigkeiten.

Nächste Runde am 17. Juni.

Susan Bartels de Pareja
Vertreterin der Lehrkräfte im Schul- und Bildungsausschuss der Landeshauptstadt Hannover

Abschulungen aussetzen und dann überflüssig machen!

Wir haben alles andere als ein normales Schulhalbjahr erlebt. Erst kompletter Lockdown, dann teilweiser Lockdown, wochenlanges Homeschooling, Umsetzung von umfangreichen Hygienevorschriften. An den gewohnten Schulbetrieb ist noch lange nicht zu denken. Angehörige von Risikogruppen, Schüler*innen wie Beschäftigte, haben seit dem 13. März kein Schulgebäude mehr von innen gesehen. Vorsorglich wurden Zeugnisnoten schon vor den Osterferien abverlangt. So muss das sein. Sogar (fast) nicht stattfindende Schule muss benotet werden! Alles andere käme dem Untergang des Abendlandes gleich.

Bei dieser gegebenen und unerfreulichen Situation für die Schulen riefen Eltern, Schüler*innen, Lehrkräfte, Gewerkschaften, Schulleitungen und Verbände dazu auf, Bewertungen mit viel Augenmaß vorzunehmen, vor allem zu Gunsten der betroffenen Schüler*innen.

Der von der GEW Region Hannover vorgeschlagene Verzicht auf Abschulungen hätte der Schulentwicklung in Hannover etwas Luft zum Atmen verschafft. Mit Blick auf die Jahrgänge 5 bis 8 gab es im Verlauf des vergangenen Schuljahres 558 Schulformwechsler*innen. Für die betroffenen Schüler*innen sowie deren Familien ist dies mit viel psychischem Leidensdruck verbunden. Der Mangel an Schulplätzen in diesen Jahrgängen an den Integrierten Gesamtschulen, Ober- und Realschulen führt zu der Unsicherheit, in welchem Stadtteil und an welcher Schul-



form die Kinder weiterhin unterrichtet werden. Erstmals musste zum Beginn des Schuljahres 2019/20 eine zweite Verteilerkonferenz stattfinden. Das belegt die im Kern unhaltbare Situation.

Das Aussetzen der Abschulungen hätte den Schulausschuss in die Lage versetzt, das Thema der Schulentwicklungsplanung endlich grundsätzlich zu bearbeiten. Die Schulplätze an allen weiterführenden Schulen zusammengekommen sind derzeit noch ausreichend. Dem Druck auf das absehbar implodierende Schulsystem muss mit einem langfristigen Blick begegnet werden. Der Zeitpunkt dafür, jetzt die Weichen zu stellen, war gegeben und ist verspielt worden.

Auf dem Weg zu einer Schule für alle hat sich die GEW Region Hannover für ein Zwei-Säulen-Modell ausgesprochen.

Dieses beinhaltet ein Nebeneinander lediglich von Integrierten Gesamtschulen und Gymnasien. Alleine dadurch würde sich die Zahl der Abschulungen stark verringern. Bei der Einführung der Oberschulen in 2015 hieß es noch, diese sollten dann in integrierte Systeme überführt werden. Der Fehler lag bereits 2015 darin, dass von dem strikten Nein zu Oberschulen abgewichen wurde. Nun muss wenigstens der gefasste Beschluss ernst genommen werden und eine tatsächliche Entwicklung der Real- und Oberschulen zu Integrierten Gesamtschulen nachgeholt werden.

Harald Haupt

Kreisvorsitzender der GEW Region Hannover

8. Mai: Gedenken am Ehrenfriedhof

Der Ehrenfriedhof am Maschsee-Nordufer gehört zu den wichtigsten Gedenkortern Hannovers, errichtet zum Gedenken an die Ermordeten der letzten Kriegstage auf dem Seelhorster Friedhof – viele davon sowjetische Kriegsgefangene –, die hier eine würdige letzte Ruhestätte gefunden hatten. Unter der Patenschaft der IG Metall fand hier seit vielen Jahren eine Gedenkstunde statt, an der sich regelmäßig Schülerinnen und Schüler mit eindrucksvollen Beiträgen beteiligt haben. An dieser Stelle wurde mehrfach darüber berichtet.

Wegen der notwendigen Maßnahmen zum Seuchenschutz war das in der gewohnten Form diesmal nicht möglich. Stattdessen fand, organisiert von der Landeshauptstadt, eine nicht-öffentliche Gedenkstunde mit wenigen geladenen Gästen statt. Neben den Grußworten des Oberbürgermeisters und des Ministerpräsidenten erscheint mir die Rede des russischen Generalkonsuls Andrei Sharashkin besonders bemerkenswert. Er wies auf die Bedeutung des 8. Mai und die Opfer und Leistungen des



Andrei Sharashkin, Generalkonsul der Russischen Föderation in Deutschland

Im Interview: Der Vorsitzende des hannoverschen Stadtverbandes Bündnis 90/Die Grünen

► Herr Hecke, Sie waren in ihrer beruflichen Laufbahn eng mit dem Thema Schule verbunden, und es ist bekannt, dass Sie sich seit Ihrer Wahl auch besonders mit der Bildungssituation in Hannover auseinandergesetzt haben. Gab es ein besonderes Highlight in Bezug auf ihre Arbeit zum Thema Schule in den Institutionen, in denen Sie tätig waren?

Mich hat als Sozial- und Diplompädagoge das Ziel Bildungsgerechtigkeit immer angetrieben. Wenn schon Zeugnisse, müssten diese mehr soziale Kompetenzen, informelle und non formale Bildung und den persönlich erreichten Bildungsfortschritt berücksichtigen. Höhepunkte meiner Laufbahn waren das Kitagesetz, das erstmalig für Niedersachsen Kitas als Bildungseinrichtungen sowie fachliche Standards festschrieb. Aus meiner Göttinger Zeit ist es die Entscheidung, die Mittagsverpflegung für Kitas und Schulen vollständig kommunal und hochwertig zu produzieren. Das bedeutsamste Highlight war die Vereinbarung zum Schulfrieden in NRW, wodurch mehr als 100 neue Gesamtschulen ohne ideologische Grundsatzzdebatten entstehen konnten.

► Gab es eine äußerst unangenehme Erfahrung/Situation?

Besonders zu benennen ist die nach erfolgreichen Modellen bislang unzulängliche Umsetzung der Inklusion von Kindern mit Handicaps. Zudem die wachsende Kluft zwischen immer neuen gesellschaftlichen Anforderungen an das Bildungssystem und der



Ludwig Hecke ist seit 2018 einer der beiden Vorsitzenden des Stadtverbandes Hannover von Bündnis 90/Die Grünen

Foto: FOTOSTUDIO M4 – MIRIAM MACK

notwendigen Zeit, die bildungspolitische Reformen bis zu einer flächendeckenden Umsetzung in der Praxis benötigen.

► Seit 2018 sind Sie Vorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen hier in Hannover. Gab es besondere Überraschungen hier vor Ort?

Zunächst das Europawahlergebnis, welches die Grünen hier zur stärksten Kraft gemacht hat. Dann natürlich die Wahl von Belit Onay zum ersten grünen Oberbürgermeister von Hannover mit den Kernthemen Klimaschutz und Verkehrswende, gesellschaftliche Vielfalt, soziale Teilhabe, Bildungsgerechtigkeit und bezahlbarem Wohnraum.

► Uns von der GEW interessieren natürlich besonders bildungspolitische Konzepte in Bezug auf die Stadt Hannover und

ihre Umsetzung. Natürlich sehen wir dabei die Rahmenbedingungen durch Vorgaben des Landes.

Welche langfristigen Entwicklungen halten Sie für sinnvoll, würden Sie sich wünschen, erst mal abstrahierend von den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen im Rat (das kann sich ja bei der Kommunalwahl ändern)? Stellen wir uns vor, Bündnis 90/Die Grünen hätten dort eine grüne Mehrheit.

Die Ziele der Grünen für die Schulpolitik der nächsten Jahre in Hannover werden im Kommunalwahlprogramm neu justiert. Meine persönliche Einschätzung ist: Schulpolitische Vorhaben können dauerhaft erfolgreich nur mit der Mehrheitsgesellschaft ►►

sowjetischen Volkes bei der Befreiung Europas vom Faschismus hin und würdigte die symbolische Bedeutung dieses Gedenkortes besonders für das russische Volk.

Die folgende Passage möchte ich gerne im Wortlaut wiedergeben, weil sie im Zusammenhang mit der Geschichte Hannovers gelesen werden muss:

„Wir dürfen den Verbrechern, die das Blut dieser Opfer an ihren Händen haben, nicht vergeben. Für uns ist es absolut inakzeptabel, dass heute in einer Reihe von europäischen Ländern Nazi-Henker in den Rang von Helden erhoben werden, wenn wieder einmal faschistischer Jubel zu hören ist und Radikale mit brennenden Fackeln unter Nazi-Symbolen marschieren. Es ist für uns unerträglich, wenn Denkmäler für die Helden der Befreiung zerstört und Gedenkstätten für die Opfer des zweiten Weltkriegs enteignet werden. Das ist verabscheuungswürdig und eine Beleidigung des Gedenkens an die Gefallenen. Das ist eines zivilisierten Europas unwürdig. Es ist sehr gefährlich, die Tragödien

der Vergangenheit zu vergessen – der Mangel an historischem Gedächtnis kann dazu führen, dass sich die schrecklichsten Seiten unserer jüngsten Geschichte wiederholen.“

In jedem Dezember gedenken wir am Mahnmahl am Opernplatz der jüdischen Bürger Hannovers, deren Namen dort eingemeißelt sind. Viele von ihnen wurden in Riga unmittelbar Opfer der Einsatzgruppe A und ihrer lettischen Hilfsschergen. Diese kämpften später in der Waffen-SS gegen die Rote Armee. Seit der erneuten Unabhängigkeit des Baltikums werden sie dort als „Freiheitskämpfer“ gefeiert. Der 16. März gilt in Riga als „Tag der Legionäre“ und wird mit allen Weihen begangen. Die Veteranen der Truppe erhalten noch heute Renten vom deutschen Staat.

Dies ist nur ein Beispiel für den grassierenden Geschichtsrevisionismus, der sich in Osteuropa unter dem Schutz der Nato und der EU breit macht. Für die monströsen Aufmarschmanöver an der Grenze zu Russland scheinen solche Verbündete offensichtlich willkommen.

Reinhold Weismann-Kieser



Foto: ©Svitlana – stock.adobe.com

►► und der Zustimmung der Erziehungsberechtigten umgesetzt werden. Der bundesweite Trend zu einem zweigliedrigen System in der Sek I mit Gymnasium als letztem verbliebenen Teil des dreigliedrigen Schulwesens und einer integrierten Schulform führt zu neuen Fragen: Wie geht man beispielsweise mit Abschlüssen und der ungleichen Verteilung von pädagogischen Herausforderungen der Inklusion im weiteren Sinne an den Schulformen um? Die Zweigliedrigkeit ist dauerhaft daher genauso wenig eine tragfähige Lösung wie eine erneute Grundsatzerdebatte über Schulformen. Daher sollten nach meiner Auffassung in den nächsten Jahren folgende Weiterentwicklungen vorangetrieben werden:

Das Land führt einen mit den Kommunen gemeinsam entwickelten Sozialindex für die Personalbemessung in allen Schulformen ein. Damit kann je nach Zusammensetzung der Schüler*innenschaft differenziert auf die unterschiedlichen Förderbedarfe reagiert werden. Die Binnendifferenzierung im Unterricht wird auch an Gymnasien und Realschulen vorangetrieben. Die Abschlüsse werden durch verschiedene Maßnahmen massiv reduziert. Die noch verbliebenen Standorte von Realschulen und Oberschulen werden je nach Anwahlverhalten in Klasse 5 beim Erstwunsch für weitere IGS genutzt. Angesichts des vorhandenen Gebäudebestandes erfolgt der Betrieb der Schulen vorübergehend an mehreren Standorten. Die Zahl der Kooperationen zwischen Grundschulen bzw. Berufsschulen und IGS wird ausgeweitet. Letztlich muss hinter allen Maßnahmen das Ziel stehen, erheblich mehr Bildungsgerechtigkeit zu erreichen als bislang.

► *Sehen Sie einen Weg, die Probleme, die wir mit den sogenannten „Abschlüssen“ haben, auch nur ansatzweise zu lösen?*

Bei einem Nebeneinander von gegliedertem und integriertem System wird es latent immer dieses Problem geben. Ziel muss es daher sein, den generellen Verbleib in der einmal angewählten Schulform bis zum Sek I-Abschluss landesgesetzlich vorzusehen. Bis dahin sehe ich zwei Möglichkeiten, die Zahl der Abschlüsse wieder deutlich zu reduzieren:

Zum einen gilt es, die vorhandenen schulrechtlichen Möglichkeiten der Vergabe von Sek I-Abschlüssen auch an Gymnasien offensiver zu nutzen. So können einmal aufgenommene Schüler*innen dort bis zum Sek I-Abschluss auch dann verbleiben, wenn das Ziel Abitur zumindest auf direktem Weg nicht mehr erreichbar zu sein scheint. In Folge wird sich die Zahl der Abschlüsse von den Realschulen reduzieren. Diese müssen zudem in der Anwendung binnendifferenzierter Konzepte unterstützt werden, um den Verbleib an der Schule zu ermöglichen. Zum anderen kann die IGS durch das Herausbilden spezifischer Schulprofile und besonderer Angebote auch für Schüler*innen im gymnasialen Bildungsgang attraktiver werden. Nach wie vor

ist zudem nicht allen Erziehungsberechtigten hinreichend bekannt, dass der gymnasiale Bildungsgang auch an den IGS angeboten wird.

► *Unsere Schulen mit besonderen Herausforderungen bedürfen ganz besonderer Unterstützung. Bisher zeigen alle empirischen Untersuchungen, dass Bildungserfolg und Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Schicht in Deutschland nicht entkoppelt sind, Kindern aus unteren sozialen Schichten gelingt der Aufstieg ganz selten. Sehen Sie Möglichkeiten der Kommune, hier deutliche Zeichen zu setzen?*

Der wesentlichste Faktor ist dabei eine nach Bedarfen der Schüler*innenschaft differenzierte Personalausstattung. Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter*innen sind aber Landespersonal, die zwingend notwendige Einführung eines Sozialindexes somit Landesrecht.

Direkten Einfluss hat die Stadt hingegen bei der Ausgestaltung des Ganztages, der Verknüpfung mit Jugendhilfeangeboten, der Öffnung in den Stadtteil und die damit verbundene Unterstützung durch weiteres Personal.

► *Der Kreisverband der GEW Region Hannover setzt sich für die Entwicklung eines Zwei-Säulen-Modells (Integrierte Gesamtschulen und Gymnasien als einzige Schulformen der weiterführenden Schulen) in Hannover-Stadt ein, immer verstanden als Übergangsmodell zur „Einen Schule für alle“. Können Sie dem etwas abgewinnen?*

Derzeit werden in Klasse 5 weitestgehend Gymnasien und Gesamtschulen angewählt. Ein Modell ist die Zweigliedrigkeit für mich dennoch nicht. Wie die derzeitige Debatte um die Abschlüsse im Laufe der Sek I zeigt, stünden sich auch dann das Gymnasium als verbliebener Teil eines dreigliedrigen Schulsystems und die Gesamtschule als integrierte Schulform gegenüber. Entweder die Gymnasien verzichten weitestgehend auf Abschlüsse und vergeben vermehrt Sek I-Abschlüsse – dann verändern sie zumindest teilweise ihren derzeitigen Charakter. Oder die integrierten Gesamtschulen müssen nach Umwandlung der bisher noch vorhandenen Real- und Oberschulen noch mehr von Gymnasien abgeschulte Schülerinnen und Schüler aufnehmen – dann wird der Grundgedanke einer integrierten Schulform beschädigt. Dies gilt nochmals verschärft für extra eingerichtete Klassen nur für abgeschulte Schüler*innen.

► *Herr Hecke, wir danken für die Beantwortung unserer Fragen.*

Aufgrund der derzeitigen Corona-Situation wurde kein direktes Gespräch mit Herrn Hecke geführt.

Zusammenstellung der Fragen für HannoverNews: Werner Fink

„Noch Luft nach oben“ – Eine Bestandsaufnahme zur Lage von schulischer Inklusion

In Zeiten von Covid-19 und nach langer Pause öffnen sich die Schulen in Niedersachsen schrittweise: gestaffelt nach Alter und Dringlichkeit etwa bei Abschlussprüfungen. Kein leichtes Unterfangen, so sind große Herausforderungen zu meistern wie z. B. Hygiene- und Abstandsregelungen, aber auch Prüfsituationen.

An vieles wird gedacht, doch auch an die Inklusion? An das Recht der Schüler*innen mit Behinderung auf Bildung?

Kindern und Jugendlichen mit Behinderung und/oder sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf sind in besonderem Maße von zusätzlichen Leistungen/Unterstützung für den erfolgreichen Schulbesuch abhängig, sei es durch Fahrdienste, Schulassistenz oder zusätzlicher Therapieangebote. Gerade deswegen darf ihre Bildung nicht nachrangig zu Schüler*innen und ohne Behinderung betrachtet werden.



Auch darf kein Unterschied zwischen inklusiven Schulen und Förderschulen gemacht werden.

Mittendrin Hannover e.V. leitet seit Jahren eine unabhängige Beratungsstelle für Eltern von Kindern mit Behinderungen. Bei uns kommen vermehrt Anfragen an, wie das Recht auf Bildung für ALLE Kinder und Jugendlichen umgesetzt werden kann. Im Moment zeigt sich uns ein großes Spektrum in der Umsetzung von schulischer Inklusion: Von guten Ideen, die nun erprobt werden bis hin zu diskriminierenden Maßnahmen:

Kinder und Jugendliche, die aufgrund ihrer Behinderung nicht in der Lage sind Abstandsregeln und Hygienevorgaben einzuhalten, sollen vom Unterricht in der Förderschule komplett ausgeschlossen werden. Sie sollen am häuslichen Lernen teilnehmen.

Durch diese individuellen Regeln einzelner Schulleitungen werden Kinder und Jugendliche mit Behinderung erheblich benachteiligt.

Die eigenverantwortliche Schule soll es möglich machen, dass Schulleitungen auch in Krisen einen kreativen Weg zur Lö-

sung der aktuellen Herausforderungen beschreiten. So können Schulleitungen seit einigen Wochen Kinder im Sinne der Härtefallregelungen bereits wieder in Notgruppen in die Schule lassen oder die Schulbegleitung im Schulgebäude stattfinden lassen. Eigenverantwortlichkeit kann schlimmstenfalls aber eben auch dafür sorgen, dass an manchen Förderschulen möglichst viele Kinder aus sogenannten „Infektionsschutzgründen“ zu Hause bleiben sollen. Die Benachteiligung droht insbesondere, wenn die Kinder und Jugendlichen zur

Schülerschaft einer Förderschule mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung gehören. Diese Situation begegnet uns in den letzten Tagen vermehrt.

In der Inklusion an allgemeinbildenden Schulen erleben wir auch Aussortierung. Die sogenannten „Inklusionskinder“ werden nicht zusammen mit ihrer Klasse in zwei Gruppen aufgeteilt, sondern separiert. Sie werden in eine dritte Gruppe eingeteilt, die in einem getrennten Raum, fern von Klassenkameradinnen und Klassenkameraden, fern von Freundinnen und Freunden, allein mit der Förderschullehrkraft Unterricht hat.

Bei aller Kritik möchten wir auch die positiven Aspekte nicht vergessen, wie

die schnelle Zusage der Region Hannover für den Einsatz der Schulbegleitungen in der häuslichen Betreuung und die damit verbundene Entlastung der Eltern. Wie auch die positive Umsetzung von vielen Schulen, die weiterhin inklusiv arbeiten.

Wir befinden uns in einer Zeit, in der wir alle Kompromissbereitschaft zeigen müssen und dabei stets nicht vergessen dürfen: Irgendwann haben wir es geschafft. Bis dahin müssen wir alle gemeinsam dafür sorgen, dass keiner auf diesem Weg übersehen wird.

Victoria Schwertmann, Mittendrin Hannover e.V.

Bitte wenden Sie sich mit Fragen und Sorgen rund um das Thema Inklusion an die Beratungsstelle von Mittendrin Hannover e.V.: Unter 0511 5909460 und der Mailadresse info@mittendrin-hannover.de sind wir für Sie erreichbar und vereinbaren gerne einen Gesprächstermin.

Verstärkung für die Geschäftsstelle und die GEWertschaftsarbeit an der Uni Hannover



Rainer Fullmann

Hallo,

seit März 2020 bin ich mit einer halben Stelle als Verwaltungsangestellter beim Bezirksverband Hannover und dem Kreisverband Region Hannover beschäftigt. Mein beruflicher Werdegang begann mit einer Ausbildung zum Kfz-Mechaniker. Nach einigen Jahren Berufstätigkeit schloss ich die Meisterprüfung in diesem Handwerk erfolgreich ab. Als Berufssoldat ermöglichte mir dies eine Tätigkeit als Werkstattmeister. Daran schloss sich eine Bürotätigkeit im Bereich der Ausbildungsplanung an. Im Rahmen der Umstrukturierung der Bundeswehr ließ ich mich in den vorzeitigen Ruhestand versetzen. Ehrenamtlich engagiere ich mich im Kleingartenverein und als Vertreter in der Wohnungsgenossenschaft, bei der ich Mieter bin.

Moin,

seit Mitte Juni besetze ich die Stelle als studentischer Mitarbeiter der GEW und freue mich, die GEW an der Leibniz Uni zu repräsentieren und für gewerkschaftliche Inhalte im Allgemeinen zu sensibilisieren.

Ich selbst studiere derzeit noch im Fächerübergreifenden Bachelor Politikwissenschaft und Geschichte. Aktuell bin ich in den letzten Zügen meiner Bachelorarbeit, die sich mit der Frage auseinandersetzt, ob Arbeiter*innen bei Wahlen häufiger für rechte Parteien stimmen. Ab Oktober möchte ich im Master Politikwissenschaft weiter studieren.

Seit 1,5 Jahren bin ich zudem als „Teamer“ in der Bildungsarbeit des DGB engagiert. Während meines Praktikums bei der DGB Region NDS-Mitte konnte ich viele Einblicke in die gewerkschaftliche Arbeit bekommen.

In meiner sonstigen Freizeit bin ich als Jugendtrainer und selbst aktiver Fußballer beim TSV Bemerode aktiv.

Ich freue mich, viele von euch bald kennenzulernen :-)



Armin Ziegenbein ist 22 Jahre jung



**UNBEDINGT
VORMERKEN!**

Immer am letzten Samstag vor den Sommerferien feiern wir das GEW-Sommerfest...

Wir hätten Dich an dieser Stelle so gerne zum diesjährigen 10-Jährigen eingeladen. Das geht aus den bekannten Gründen nicht. Das holen wir natürlich nach!

Erreichbarkeit der Geschäftsstelle während der Sommerferien

In der Zeit vom 16. Juli bis 26. August 2020 sind wir dienstags und donnerstags in der Zeit von 10 bis 12 Uhr telefonisch und persönlich zu erreichen. Wir wünschen eine sonnige und erholsame Zeit!

*Die Kolleg*innen der Geschäftsstelle*